

Hinweis:

Bitte dieses Formular im Originalformat (*.xlsx) speichern, umbenennen und übersenden.

GBK

Aktenzeichen: GBK-25-02-1#1

Formblatt für die Übermittlung von Stellungnahmen

Unternehmen / Verband / Behörde / Sonstige: (Pflichtfeld)

AllgäuNetz GmbH & Co. KG

Marktrolle: VNB

Kontaktdaten*:

Nachname:

Vorname:

Kürzel:

E-Mail:

Telefon:

* Kontaktdaten werden bei Veröffentlichung der Konsultationsbeiträge **nicht** mitveröffentlicht.
Sie dienen ausschließlich eventueller Rückfragen durch die Große Beschlusskammer.

Weiter auf dem nächsten Tabellenblatt >>

Bitte dieses Formular im Originalformat (*.xlsx) speichern, umbenennen und übersenden.
 Sofern nicht der komplette Text dargestellt werden kann, verwenden Sie bitte die nächste Zeile für Ihre Eingabe.

Konsultationsbeitrag: Aktenzeichen: GBK-25-02-1#1 -

Nr.	Randziffer (Pflichtfeld)	Originaltext	Vorgeschlagene Änderung	Begründung
1	7	<p>Mit dem Außerkrafttreten der Stromnetzentgeltverordnung gemäß Art. 15 Abs. 3 Gesetz zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben und zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften (EnWRAnpG 2024) zum 01.01.2029 entfällt die Regelung des § 18 Stromnetzentgeltverordnung ersatzlos. Die Beschlusskammer beabsichtigt nicht, eine entsprechende oder ähnliche Regelung festzulegen. Vielmehr soll die Kostenbelastung der Netzentgeltzahler, die sich aus den Entgelten für dezentrale Erzeugung ergeben, in den verbleibenden Jahren durch diese Festlegung reduziert werden.</p>	<p>Bei Entfall des §18 StromNEV ist unbedingt eine Harmonisierung mit §120 EnWG sicherzustellen, der eben keine Abschmelzung im Bestand vorsieht. Aus Sicht als Netzbetreiber wollen wir nicht die Leidtragenden der folgenden Rechtssicherheit sein, sollten Anlagenbetreiber auf Basis des §120 EnWG Ansprüche an uns als VNB stellen.</p>	<p>Die Große Beschlusskammer leitet ihre Kompetenz zum Erlass der im Festlegungsentwurf getroffenen Regelungen einheitlich aus § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 21, Abs. 3 S. 4 Nr. 3 lit. a, S. 5 EnWG her. Unseres Erachtens könnten durchaus Zweifel an der hinreichenden Ermächtigung der großen Beschlusskammer zu den beabsichtigten Regelungen bestehen. Insbesondere die Einschränkung des Anspruchs des Anlagenbetreibers auf Auszahlungen vermiedener Netzentgelte könnte einen Verstoß gegen die gesetzlichen Vorgaben des § 120 EnWG darstellen.</p> <p>Die wesentliche Regelung über Anspruch und Ermittlung der vermiedenen Netzentgelte für nicht volatil erzeugende, vor dem 01.01.2023 in Betrieb genommene Anlagen erfolgt bereits auf Gesetzesebene, in § 120 EnWG. Eine Festlegungskompetenz Ihrer Behörde betrifft somit unseres Erachtens lediglich Inhalte, die vor Inkrafttreten der EnWG-Novelle des Jahres 2023 durch Rechtsverordnung regelbar waren. Mit anderen Worten: Eine Möglichkeit zur Änderung der Vorgaben zur Ermittlung der vermiedenen Netzentgelte ist Ihrer Behörde lediglich im begrenzten Rahmen des § 120 Abs. 8 EnWG eröffnet, der eine nähere Ausgestaltung der gesetzgeberischen Grundsatzentscheidung, nicht aber deren Aufhebung erlaubt. Eine Abschmelzung und vollständige Abschaffung der vermiedenen Netzentgelte für Bestandsanlagen dürften hiervon somit nicht gedeckt sein.</p> <p>Vor diesem Hintergrund ist uns folgender Hinweis wichtig. So muss unbedingt vermieden werden, dass sich Anlagenbetreiber weiterhin auf gesetzlicher Grundlage zur Beanspruchung der insoweit ungekürzten vermiedenen Netzentgelte berechtigt sehen, während unser Unternehmen auf Grund behördlicher Festlegung keine Möglichkeit zur Weitergabe der vollständigen Kosten haben könnte. Bei den Kosten aus vermiedenen Netzentgelten handelt es sich um – nach Grund und Höhe – vollständig dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten. Diese müssen von unserem Unternehmen in Gänze bei der Anpassung der Erlösbergrenzen berücksichtigt und über die Netzentgelte erlost werden können. Die zwingende Kostenneutralität dieser Position für unser Unternehmen folgt auch aus dem Grundsatz der kostenorientierten Entgeltbildung gemäß § 21 Abs. 2 S. 1 EnWG.</p> <p>Wir bitten die Beschlusskammer daher dringend, entsprechende Rechtsunsicherheiten im Falle einer finalen Festlegung zu vermeiden.</p>